



**Yvonne Feri**  
Ihre Stimme für Kinder  
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 19. März 2021

**Bericht aus der Session – Nummer 38**  
**Rückblick auf die Frühlingsession**

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist kaum zu glauben, dass die **ersten zwölf Frauen** erst vor **50 Jahren** ins Bundeshaus eingezogen sind und die Wahl der **ersten Bundesrätin gerade mal 37 Jahre** her ist. Seit 1971 nahm der Frauenanteil im Parlament stetig zu und beträgt aktuell 42% im Nationalrat und 26% im Ständerat. Eine **gleiche Vertretung von Frauen und Männern** kann nur erreicht werden, wenn Parteien mit wenigen Frauen in den Ämtern, gezielte Massnahmen zur Verbesserung ihrer Frauenquote ergreifen.

Die Mehrheit der Kantone führte kurz vor, nach oder zeitgleich mit dem eidgenössischen Frauenstimmrecht das kantonale Frauenstimmrecht ein. Doch bis heute gelang es vielen Kantonen nicht, eine angemessene Vertretung von Frauen in den Parlamenten und Regierungen zu erwirken. Nach wie vor sind **Frauen** mit 30% in den kantonalen Parlamenten und mit 24% in den Kantonsregierungen **deutlich untervertreten**. Es gibt Stand heute gar sechs Kantonsregierungen ohne eine einzige Frau (AG, AR, GR, LU, TI, UR), ab April werden es wohl sieben sein (VS).

Auch wenn bzgl. der politischen Partizipation nach wie vor ein grosser Handlungsbedarf besteht, ist das 50-jährige Jubiläum des Frauenstimmrechts ein Anlass, die **Korken** knallen zu lassen. Dank dem beharrlichen Engagement von vielen Frauenrechtlerinnen sagten die Schweizer Männer am 7. Februar 1971 endlich ja zum Frauenstimmrecht. Ich fragte in den letzten Wochen einige Frauen, die 1971 an ersten Wahlen und Abstimmungen teilnehmen konnten, wie sie diesen historischen Moment erlebt hatten. Und ich bekam immer die gleiche Antwort: Die Einführung des Frauenstimmrechts war so überfällig, dass sie **kein Ereignis von hohem emotionalem Wert** war. In einigen Kantonen war das Frauenstimmrecht bereits seit geraumer Zeit Normalität. Zudem standen bereits andere Baustellen auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen im Fokus.



Den Film „**Verliebte Feinde**“, kann ich allen wärmstens empfehlen, die in das Leben einer radikalen Frauenrechtlerin (**Iris von Roten**) eintauchen wollen. Und mit einer Mitgliedschaft beim Verein [www.ch2021.ch](http://www.ch2021.ch) können wir alle dazu beitragen, dass das Jubiläum des Frauenstimmrechts breit wahrgenommen wird.

Zum Schluss noch eine erfreuliche Nachricht aus meiner politischen Arbeit: Der Bundesrat empfiehlt **zwei Vorstösse**, die ich während der Wintersession 2020 eingereicht hatte, zur **Annahme**. Mit dem Postulat [20.4449](#) forderte ich den Bundesrat auf, in einem Bericht aufzuzeigen, wie **Witwer und Witwen gleichbehandelt** werden können. Dass der Bundesrat dieses Anliegen unterstützt und in einem ersten Schritt die wirtschaftliche Situation von Witwen und Witwer unter die Lupe nehmen will, ist begrüssenswert. Bereits im Jahr 2015 hatte ich in einem [Postulat](#) eine Evaluation des Bundesgesetzes über **Kindesentführungen** gefordert. Weil die Zeit damals gemäss Einschätzung des Bundesrats für eine solche Evaluation noch nicht reif war, zog ich den Vorstoss zurück. In der Wintersession 2020 reichte ich ihn nun nochmals ein, vgl. [20.4448](#). Ich wünsche mir, dass der Nationalrat die Anträge des Bundesrates nicht bekämpfen wird.

Ich hoffe, dass Sie möglichst gut durch die Corona-Pandemie kommen und dass die Krise bald ein Ende hat!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri  
Nationalrätin SP/AG  
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



19.03.2021

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 38

## Rückblick auf die Frühlingssession...

**Missbrauch:** Der Nationalrat doppelt nach in der Frage, ob es für die Meldung von Missbräuchen bei vom Bund kontrollierten Betrieben eine unabhängige nationale Anlaufstelle braucht. Zuständig wäre sie zum Beispiel bei körperlicher und sexueller Gewalt, Mobbing oder Machtmissbrauch. Mit einem [Postulat](#) seiner Bildungskommission erteilte er dem Bundesrat einen Prüfungsauftrag. Die Stelle soll für Einrichtungen des Bundes und vom Bund kontrollierten Einrichtungen zuständig sein, unabhängig von deren Tätigkeit.

**Kommentar:** *Auch wenn bereits viel gegen körperliche, psychische und sexuelle Gewalt, Mobbing und Missbrauch getan wird, muss regelmässig überlegt werden, wie die Betroffenen noch besser geschützt werden können.*

**Bundesverwaltung:** In der Bundesverwaltung sollen einheitliche Bestimmungen zur sogenannten Telearbeit gelten, und jede Angestellte und jeder Angestellter soll das Recht haben, ausserhalb seines Büros zu arbeiten. Das fordert der Nationalrat. Er nahm dazu eine [Motion](#) von Marco Romano (CVP/TI) an. Die geforderten Bestimmungen sollen es Bundesangestellten erlauben, ausserhalb der Verwaltungsbüros zu arbeiten, wenn es mit der Ausübung ihrer Funktion vereinbar ist. Ob ausserhalb der Büros gearbeitet werden darf, sollte beispielsweise nicht von Vorgesetzten abhängen. Der Bundesrat war mit der Motion einverstanden, diese geht an den Ständerat.

**Kommentar:** *Die Corona-Krise zeigt, dass Homeoffice vielerorts möglich ist und teilweise zu einer Produktivitätssteigerung führt. Homeoffice fördert auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wenn damit beispielsweise die Wege zwischen Kita, Büro und Wohnung verkürzt werden können.*

**Umgang Corona-Krise:** Mahnende Worte hat Nationalratspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) zum Beginn der Frühjahrssession an seine Kolleginnen und Kollegen gerichtet und sie zu fairem Handeln in der Corona-Krise aufgerufen. Die Stimmung werde zunehmend aggressiver und kompromissloser. "Wir sind Teil dieser Entwicklung", stellte Aebi fest. "Wir treiben diese Stimmung aber häufig auch an." Es gebe diskreditierende Äusserungen, Indiskretionen, unredliche Behauptungen und Vergleiche oder gar Aufrufe zum Gesetzesbruch. Die ParlamentarierInnen könnten es eigentlich besser. Er ermahnte sie, die richtigen Instrumente zu nutzen, um Einfluss zu nehmen.

**Kommentar:** *Als Mitglieder des Parlaments haben wir eine Vorbildfunktion. Und diese müssen wir auch in Krisenzeiten wahrnehmen. Respekt und Anstand gehören zu meiner Grundhaltung.*

**Zivilrecht:** Beide Partner sollen nach einer Scheidung einer Ehe weiterhin Anspruch auf Beibehaltung des ehelichen Lebensstandards haben - unabhängig davon, ob die schlechter gestellte Person selber entschieden hat, die Ehe zu verlassen. Der Nationalrat will daran festhalten. Die grosse Kammer hat eine [parlamentarische Initiative](#) von alt SVP-Nationalrat Sebastian Frehner (BS) abgelehnt, die eine Änderung des Unterhaltsrechts im Zivilgesetzbuch



vorsah. Der Entscheid fiel mit 117 zu 68 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Damit ist die Initiative vom Tisch.

**Kommentar:** Zum guten Glück ist diese Initiative vom Tisch. Sie würde die Situation der Person verschlechtern, die während der Ehejahre v.a. die unbezahlte Arbeit übernommen hat. Die Armutsgefährdung von geschiedenen Frauen würde zunehmen. Mittlerweile hat das Bundesgericht eine wegweisende Entscheidung gefällt: Frauen sollen nicht mehr «automatisch» im Falle einer Scheidung mit einer Unterstützung rechnen können – für mich heisst das, das jetzt unbedingt in die Strukturen im Erwerbsleben investiert werden muss. Das reicht von Kita-Plätzen, flexiblen Arbeitszeiten bis zu Teilzeitstellen auch für Männer – und wichtig: Teilzeitarbeitende Personen und tiefe Einkommen brauchen dringend eine Altersvorsorge, von welcher sie leben können.

**Corona-Lehren:** Der Bundesrat soll aus der Corona-Pandemie in vier Bereichen Lehren für das

Gesundheitswesen ziehen: Bei den Versorgungsstrukturen, der Digitalisierung, der Finanzierung von indirekten Kosten sowie bei der Durchsetzbarkeit des Pandemieplans. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden [Motion](#) stillschweigend zugestimmt. Auch der Bundesrat ist einverstanden mit dem Auftrag. Er muss die Motion

## Der Strom der Frauenbewegung ist breit und mächtig genug geworden, um den verschiedenen Richtungen darin Platz zu gönnen.

[Helene Stöcker](#)

von Erich Ettlin (CVP/OW) nun umsetzen.

**Kommentar:** Glücklicherweise haben wir in der Schweiz wenig Erfahrung mit gesundheitlichen und wirtschaftlichen Krisen in der Dimension der Corona-Krise. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Bewältigungsstrategien hinterfragen, um auf zukünftige Herausforderungen bestmöglich vorbereitet zu sein.

**Gleichstellung:** Der Bundesrat muss dafür sorgen, dass alle massgeblichen Statistiken und Studien des Bundes nach Geschlechtern aufgeschlüsselt sind. Auswirkungen von Situationen auf die Geschlechter sollen untersucht und dargestellt werden. Das fordert das Parlament. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine [Motion](#) von Ständerätin Eva Herzog (SP/BS) angenommen - mit 115 zu 69 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Der Vorstoss ist damit überwiesen. Motionärin Herzog hatte als Beispiel Erhebungen zur Jugendarbeitslosigkeit genannt oder zur Kurzarbeit in der Corona-Krise. Die Folgen davon für Frauen und Männer könnten unterschiedlich sein. Eine umfassende Datenbasis sei ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung.

**Kommentar:** Ich bin sehr froh, dass diese Motion überwiesen worden ist. Die statistischen Daten werden helfen, die Gleichstellung weiter voranzubringen.

**Ernährung:** Junge Menschen in der Schweiz sollen lernen, wie man sich ohne negative Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden ernährt. Vorbild dafür sollen die Programme Jugend und Sport respektive Jugend und Kultur sein. Der Nationalrat unterstützte eine [parlamentarische Initiative](#) von Laurent Wehrli (FDP/VD). Seine Bildungskommission hatte sich mit Stichentscheid von Präsident Mathias Reynard (SP/VS) hinter die Initiative gestellt. Sie sah Handlungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen. Der Vorstoss geht an die Bildungskommission des Ständerates.



**Kommentar:** Die gesunde Ernährung liegt mir sehr am Herzen. Ich finde es gut, wenn junge Menschen früh lernen, auf eine gesunde Ernährung zu achten. Es gibt dazu weitere Möglichkeiten wie die Nutri-Score – diese hat im Parlament einen schweren Stand. In den aktuellen Medien konnte auch gelesen werden, dass die Pandemie die Kids ins Übergewicht (oder auch in die Magersucht) treibt. Wir brauchen also ein spezielles Augenmerk!

**Invalidenversicherung:** Die Invalidenversicherung zahlt in Zukunft auch für Kinder und Jugendliche Beiträge für Assistenzhunde. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine [Motion](#) des Luzerner FDP-Ständerats Damian Müller oppositionslos angenommen. Für Assistenzhunde zahlt die Invalidenversicherung einen Pauschalbetrag von 15'500 Franken. Allerdings haben heute nur Erwachsene ein Anrecht auf die Hilfe der Tiere. Das Parlament beschloss nun, dass auch für Kinder Beiträge möglich sind. Der Einsatz von Assistenzhunden erlaube betroffenen jungen Menschen eine Entwicklung durchzumachen, die letztlich zu einem selbstbestimmten Leben führen könne, wurde in der vorberatenden Nationalratskommission argumentiert. Der Bundesrat war einverstanden mit der Änderung. Er muss den Parlamentsbeschluss nun umsetzen.

**Kommentar:** Es muss alles darangesetzt werden, dass Menschen mit Behinderungen – Kinder und Erwachsene – ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dieser Entscheid freut mich sehr!

**Parteispenden:** Der Nationalrat hat einem [Gesetzesentwurf für mehr Transparenz](#) zugestimmt. Das Votum fiel mit 113 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Nein-Stimmen kamen von der SVP und einem grossen Teil der Mitte-Fraktion. Das Kernstück der Vorlage ist die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden an Parteien und Politikerinnen und Politiker offengelegt werden müssen. Der Nationalrat legte den Wert bei 15'000 Franken fest. Er sprach sich weiter etwa dafür aus, dass auch Mitglieder des Ständerats ihre Wahlkampfbudgets offenlegen müssen. Mit dem Gesetzesentwurf sollen die Urheber der Transparenzinitiative dazu bewogen werden, ihre Initiative zurückzuziehen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

**Kommentar:** Die Wählerinnen und Wähler haben ein Anrecht darauf zu erfahren, von welchen Personen und Organisationen Politikerinnen und Politiker finanziell unterstützt werden.

**Arbeitslosenversicherung:** Bei der Kurzarbeit und den Taggeldern ist das Parlament weitgehend dem Bundesrat gefolgt. So soll die Anzahl Taggelder für versicherte Personen um 66 Taggelder für die Monate März bis Mai 2021 erhöht werden. Das gilt für alle jene, die am 1. März noch anspruchsberechtigt sind. Die Massnahmen zur Kurzarbeit werden verlängert. Minderheitsanträge von SP und Grünen im Nationalrat, die einen weiteren Ausbau verlangten, wurden abgelehnt. So etwa die Kurzarbeitsentschädigung während des Bezugs von Ferien oder eine Erhöhung der Beiträge für tiefe Einkommen.

**Kommentar:** Die Kurzarbeit schützt in der Krise vor Entlassungen, gut, wurden die Anzahl Taggelder erhöht. Gleichzeitig ist es bedauerlich, dass die Beiträge für tiefe Einkommen nicht erhöht wurden, denn Menschen mit wenig Geld trifft die Krise besonders hart.

**Kitas:** Weiter können von den Corona-Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung künftig mehr Institutionen profitieren. Konkret werden rückwirkend auch im Frühjahr 2020 geschlossene Institutionen berücksichtigt, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder von der öffentlichen Hand betrieben werden. Bisher wurden nur private Kitas unterstützt. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat den damit einhergehenden Mehrkosten in Höhe von 20 Millionen Franken zu.

**Kommentar:** Die Krise zeigt deutlich: Kitas sind systemrelevant. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag an die frühe Förderung von Kindern sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vgl. auch meinen [Text](#) vom März 2020. Ich bin deshalb sehr erleichtert, dass die finanzielle Unterstützung für Kitas in der Krise ausgebaut wird.



**Impfstoffe:** Der Nationalrat will dafür sorgen, dass die Schweiz besser mit Impfstoff versorgt wird. Er hat mit 180 zu 1 Stimme und 2 Enthaltungen einen Vorstoss aus der SP-Fraktion angenommen. Eingereicht wurde die [Motion](#) vor der Coronavirus-Pandemie. Im Vorstoss wird unter anderem vorgeschlagen, zwischen dem Heilmittelinstitut Swissmedic und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) eine Harmonisierung der Zulassungskriterien anzustreben und Importregelungen zu vereinfachen. Die Motion geht an den Ständerat.

**Kommentar:** *Wie wichtig Impfungen sein können, zeigt die Corona-Pandemie. Ein niederschwelliger Zugang zu Impfungen für Menschen, die sich impfen lassen wollen, ist wichtig.*

**Mutterschaft:** Frauen sollen bei Mutterschaft von der Erwerbsersatzordnung gleich hoch entschädigt werden wie Militärdienstleistende. Das fordert der Nationalrat mit einer [Motion](#), die er mit 132 zu 52 Stimmen angenommen hat. Die maximale Entschädigung bei Mutterschaft beträgt 196 Franken pro Tag, während die EO bei Militärdienst bis zu 245 Franken am Tag entrichtet. Der Bundesrat verwies in seiner ablehnenden Stellungnahme auf den Willen des Gesetzgebers bei der Unterscheidung. Er wollte andere familienpolitische Projekte mit der EO - etwa für die Betreuung von Angehörigen - nicht mit den erwarteten Mehrkosten gefährden.

**Kommentar:** *Es gibt keinen plausiblen Grund, unterschiedliche Entschädigungen für Mutterschaft und Militärdienst auszurichten. Zum guten Glück sieht das der Nationalrat auch so.*

**Sozialziele:** Der Nationalrat will nicht, dass sich der Bundesrat in seinen Botschaften explizit zur Einhaltung der in der Bundesverfassung festgelegten Sozialziele äussern muss. Der Nationalrat lehnte eine entsprechende Motion von alt-Nationalrätin Silvia Schenker (SP/BS) mit 115 zu 70 Stimmen ab. Die Sozialziele seien wichtig, weil sie das Prinzip der Chancengleichheit garantierten, sagte Yvonne Feri (SP/AG) im Namen der Motionärin. Aus Sicht der Ratsmehrheit ist das Anliegen bereits erfüllt, weil in den Botschaften jeweils die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und künftige Generationen erläutert werden müssen. Die Sozialziele seien darin enthalten.

**Kommentar:** *Dieser Entscheid enttäuscht mich. Es wäre so wichtig, bei der Erarbeitung neuer Erlasse ein besonderes Augenmerk auf die Sozialziele zu richten.*

**Asylgesetz:** Asylsuchende aus dem Nahen Osten sollen weder systematisch interniert noch überwacht werden. Der Nationalrat hat einen [Vorstoss](#) der SVP abgelehnt, der alle Asylsuchende, die aus Gebieten stammen, in denen radikale Gruppierungen wie der IS tätig sind, speziell behandeln wollte. Die Massnahmen sollten jeweils so lange aufrechterhalten werden, bis das Gefährdungspotenzial der Asylsuchenden abgeklärt ist. Mit 139 zu 53 Stimmen lehnte der Rat den Vorstoss ab. Alle Fraktionen sprachen sich gegen eine Gesetzesänderung aus. Die Motion hat sich erledigt.

**Kommentar:** *Alle Flüchtlinge, die aus bestimmten Regionen stammen, unter Generalverdacht zu stellen, entspricht nicht der humanitären Tradition der Schweiz.*

**Geheimdienstaffäre:** Die Affäre um manipulierte Verschlüsselungsgeräte der Zuger Firma Crypto soll nicht von einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) untersucht werden. Der Nationalrat hat zwei gleichlautende parlamentarische Initiativen der [Grünen](#)- und der [SP](#)-Fraktion mit 123 zu 66 respektive mit 122 zu 67 Stimmen abgelehnt. Sie sind damit vom Tisch. Der Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) habe die Angelegenheit genügend beleuchtet, befand die Mehrheit des Nationalrats. Grünen-Präsident Balthasar Glättli (ZH) sah dies anders. Es gebe etwa Diskrepanzen zwischen den Aussagen von alt Bundesrat Kaspar Villiger und alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer und dem, was im CIA-Bericht stehe. Die SP-Fraktion ihrerseits wollte mit einer PUK verhindern, dass sich eine solche Geschichte wiederholen kann, wie SP-Fraktionspräsident Roger Nordmann (VD) sagte.

**Kommentar:** *Im [Bericht zur Frühlingssession 2020](#) hatte ich über die Aufarbeitung der Crypto-Affäre berichtet. Als GP-Del-Mitglied und somit Miterstellerin des Berichtes bin ich froh, dass die*



*PUK abgelehnt wurde. Auch wenn ich im Bereich von Völkerrecht und Neutralität noch offene Fragen habe. Vielleicht lohnt sich ein Folgevorstoss.*

**Lobbyismus:** Der Nationalrat hat einen [Vorstoss](#) abgelehnt, der bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen mehr Transparenz verlangte. So sollte etwa dokumentiert werden, welche Experten und Organisationen zur Ausarbeitung eines Gesetzestextes angehört wurden. Wer wann und wie auf die Ausarbeitung eines Gesetzes Einfluss genommen hat, sollte transparent dargestellt werden, forderte Regula Rytz (Grüne/BE) mit einer parlamentarischen Initiative. Sie sei überzeugt, dass der Gesetzgebungsprozess verbessert werde, wenn dieser unsichtbare Teil sichtbar gemacht werde. Der Nationalrat lehnte den Vorstoss jedoch mit 122 zu 68 Stimmen ab. Die vorberatende Kommission befürchtete einen zu hohen administrativen Aufwand, wie Kommissionssprecher Gerhard Pfister (CVP/ZG) sagte.

**Kommentar:** *Die Inputs von Fachpersonen und Organisationen sind wichtig, um Gesetzestexte breit abzustützen und verschiedenste Gegebenheiten mitberücksichtigen zu können. Dieser Austausch mit Vertreter/innen unterschiedlichster Gruppierungen sollte aber transparent erfolgen, deshalb bedaure ich die Ablehnung dieser Initiative.*

**Corona-Lockerungen:** Der Nationalrat hat eine Debatte zur Corona-Pandemie geführt - unter anderem zum Thema Öffnungsschritte. "Würde mich jemand fragen, ob ich in vier Wochen einen Regenschirm brauche, die ehrliche Antwort wäre: Ich weiss es nicht." Mit diesem Beispiel wollte Jörg Mäder (GLP/ZH) aufzeigen, dass Prognosen im Umgang mit der Corona-Pandemie nur "Wunschzettel an den Weihnachtsmann" seien. "Es geht hier um mehr als um Wetterprognosen", entgegnete Roland Rino Büchel (SVP/SG). Es gehe ums Klima, das sei längerfristig. Aus Sicht der Grünen gilt es derweil, angesichts einer dritten Welle den Fehler vom vergangenen Jahr nicht ein zweites Mal zu machen und gute Vorbereitungen zu treffen. Gesundheitsminister Alain Berset sagte dazu, die Situation sei schwierig. "Wir wollen jetzt nicht öffnen und dann wieder schliessen müssen", sagte er mit Blick auf Nachbarländer.

**Kommentar:** *Die aktuelle Pandemie richtet sich nicht nach Terminen, die das Parlament festgesetzt hat. Sollte es wieder zu einem Anstieg der Corona-Neuansteckungen kommen, darf nicht einfach geöffnet werden.*

**Tabakprodukte:** Ein lückenloses Verbot für Tabakwerbung hält eine bürgerliche Mehrheit im Nationalrat für übertrieben. Sie empfiehlt die Tabakwerbeverbotsinitiative zur Ablehnung. Trotzdem dürften einige Anliegen des Volksbegehrens umgesetzt werden - auf Gesetzesweg. Die vom Bundesrat erarbeitete Revision des Tabakproduktegesetzes befindet sich im Differenzbereinigungsverfahren zwischen den beiden Räten. Die Initiative geht dem Nationalrat zu weit. Eine Mehrheit aus SVP-, FDP- und Mitte-Fraktion empfahl das Volksbegehren zur Ablehnung. Der Entscheid fiel mit 96 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Der Ständerat wird seine Abstimmungsempfehlung in den kommenden Monaten treffen. Auch das Tabakproduktegesetz kommt demnächst erneut in den Ständerat.

**Kommentar:** *Rauchen ist zweifelsfrei in höchstem Masse gesundheitsschädigend. Es muss deshalb alles dafür getan werden, dass Kinder und Jugendliche nicht damit beginnen. Auf meiner Website findet sich dazu ein Votum.*

**Jugendschutz:** Minderjährige sollen vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Der Nationalrat ist auf ein neues Gesetz eingetreten, das Kinos, Onlinehändler und Plattformen wie Youtube zu Alterskennzeichnungen verpflichtet. Die meisten Fraktionen befürworteten ein neues Gesetz. Von der SVP und dem Grossteil der FDP kam Widerstand. Die Branchen seien längst tätig geworden, sagte Eva Herzog (SVP/TG). Es brauche keine überflüssige Regulierung und auch keine Bevormundung der Eltern. Es liege doch in deren Verantwortung, zu entscheiden, was altersgerecht und sinnvoll für ihre Kinder sei. Der Nationalrat trat schliesslich



mit 115 zu 69 Stimmen bei 2 Enthaltungen auf die Vorlage ein. Die Detailberatung konnte er am Mittwoch aus Zeitgründen nicht mehr führen. Sie soll in einer der nächsten Sessionen erfolgen.  
**Kommentar:** *Ich bin sehr froh, dass der Nationalrat auf diese Vorlage eingetreten ist. Die Verantwortung kann nicht einfach auf die Eltern abgeschoben werden.*

#### **Persönliche Vorstösse in der Frühlingssession:**

- [21.7144](#) Frauen in Führungspositionen (Fragestunde. Frage)
- [21.7058](#) Rechtsschutz von Armutsbetroffenen in der Sozialhilfe (Fragestunde. Frage)
- [21.3090](#) Altersdiskriminierung von Frauen (Postulat)
- [21.1007](#) Berücksichtigung der Geschlechterunterschiede bei Beurteilung von long-COVID Erkrankungen (Anfrage)
- [21.3115](#) Muskuloskeletale Erkrankungen: Versorgungssituation (Postulat)
- [21.3114](#) Hilfe für Sexarbeitende (Motion)
- Interpellation: Anzahl und Relevanz der Meldungen an Fedpol bei Missbrauchsabbildungen im Internet